

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/116

Bonn, den 25. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Glückwunsch und Dank dem Kampfgefährten</u>	70
	Zum 65. Geburtstag des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg Von Bundesminister Hans-Jürgen Wischniewski, MdB, Bundesgeschäftsführer der SED	
3 - 4	<u>Keine gewonnene Schlacht für Ostberlin</u>	57
	Die DDR gewinnt immer mehr das Bild des Friedenstörers Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	
4 - 5	<u>Harte jugoslawische Kritik an Ulbricht</u>	56
	Belgrad als Vermittler in Europa Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	

SELBSTERSTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Das ganze deutsche Volk will Entspannung und Frieden  
Wehner: Grenzfrager lassen sich lösen  
500 000 Genehmigungen zur Familienzusammenführung erteilt  
Diplomatische Beziehungen kein Selbstzweck  
Eine Biographie über Max Tau  
Heimatbuch des Kreises Grottkau

\* \* \*

Glückwunsch und Dank dem Kampfgefährten

Zum 65. Geburtstag des DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg

Von Bundesminister Hans-Jürgen Wischniewski, MdB,  
Bundesgeschäftsführer der SPD

In Samuel Smiles Hauptwerk "Der Charakter" ist zu lesen: "Ohne Grundsätze ist der Mensch wie ein Schiff ohne Steuer und Kompaß, das von jedem Wind hin und her getrieben wird." Das 20. Jahrhundert mit seinen wenigen Höhen und vielen Tiefen hat nur in geringer Zahl Menschen hervorgebracht, die das Steuer zu handhaben wissen, die den Kompaß kennen und die auch im größten Sturm Kurs zu halten wissen. Einer von ihnen ist Ludwig R o s e n b e r g, der am 29. Juni seinen 65. Geburtstag feiert.

Wenn auch die Geschichte lehrt, daß es Männer mit Grundsätzen schwer haben, sich Freunde zu erwerben, so ist bei dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Gegenteil richtig. Die Zahl seiner Freunde in den Gewerkschaften, in der breiten Öffentlichkeit, in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und draußen in der Welt ist erdrückend gegenüber dem kleinen Häuflein seiner Gegner, die ihm zudem nicht den Respekt für den jahrzehntelangen unbeirrten Kampf für jene Söhne und Töchter der Gesellschaft versagen können, die stiefmütterlich behandelt werden.

Erste wichtige Station auf dem Lebensweg des jungen Berliner Kaufmannslehrlings war 1922 der Eintritt in die SPD und in das "Reichstanner". Ab 1925 arbeitete Ludwig Rosenberg im Gewerkschaftsbund der Angestellten mit; aus der ehrenamtlichen Tätigkeit entwickelte sich bald der Hauptberuf eines Bezirksgeschäftsführers in Brandenburg an der Havel.

Der Faschismus zwang den aktiven Kämpfer für Demokratie und gegen Diktatur zur Emigration. In Großbritannien fand Ludwig Rosenberg ein Unterkommen und fristete mit journalistischer Arbeit und Betreuung deutscher und österreichischer Flüchtlinge sein Leben. Schwer traf Ludwig Rosenberg die Nachricht, daß seine Mutter und sein Onkel von den Nazis nach Auschwitz verschleppt und umgebracht worden waren. Aber er war Patriot genug, nach dem Zusammenbruch der

Hitlerdiktatur den Ruf Hans Böcklers zu folgen, um im wieder freien Deutschland eine freie Gewerkschaftsbewegung mit aufbauen zu helfen.

Als Mitglied des DGB-Bundesvorstandes leitete Ludwig Rosenberg viele Jahre die Abteilung Ausland und war später für die Wirtschaftspolitik des DGB verantwortlich. Er pflegte vielfältige internationale Kontakte und trug als Botschafter ohne Beglaubigungsschreiben dazu bei, daß Deutschland und die Deutschen in der freien Welt wieder Freunde fanden; ganz einfach weil seine Worte aus dem Munde eines Mannes kamen, der in den Wandlungen der 30er Jahre rein und frei von Schuld geblieben war.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung honorierte Rosenbergs große Verdienste, indem sie ihn 1959 in Stuttgart zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte. 1962 übernahm er von Willi Richter den Vorsitz des DGB, den er nach eigenem Willen nur noch bis 1969 innehaben will.

Eine Würdigung zum 65. Geburtstag ist kein Abschied von dem scheidenden Gewerkschaftsführer, doch sei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands neben dem Gefühl der Freude, mit ihm die runde Ziffer feiern zu dürfen, ein Gefühl leichter Wehmut gestattet. Fast fünf Jahrzehnte gemeinsamen Kampfes - auch wenn die Partner bei manchen Operationen getrennt marschierten - für die Rechte und Ansprüche der schaffenden Menschen sind für uns eine schöne, befriedigende Zeit, weil wir sie seit an Seit durchschreiten konnten mit einem zum ersten Repräsentanten der deutschen Gewerkschaftsbewegung aufgestiegenen Mann, der Tradition und Fortschritt in seltener Harmonie miteinander in Einklang zu bringen weiß. Er beherrscht die Kunst, Maß und Ziel in die Dinge zu bringen und er hat sich nicht die weitverbreitete Untugend angeeignet, von seinen Worten zu seinem Werken einen weiten Weg entstehen zu lassen.

Was kann die SPD einer solchen Persönlichkeit, die sich anschickt, ihre erfolgreichen Hände von den Schalthebeln zu nehmen, auf den Geburtstagstisch legen? Neben einem von Herzen kommenden Dank ist es die Versicherung, daß die für DGB und SPD erfolgreiche Solidarität der Vergangenheit auch in der Zukunft unangefochten die primäre Position der Zusammenarbeit einnehmen wird. Denn nur diese Solidarität ist der Garant dafür, daß die demokratische Ordnung auf allen Gebieten, vom Sozialsektor bis zum Gebiet der Mitbestimmung, entscheidend ausgebaut werden kann. Ludwig Rosenberg persönlich wünschen wir Gesundheit und Ruße, seinen in der Hetze der Arbeit zu kurz gekommenen Neigungen nachzugehen. Wir wünschen uns weiterhin seinen Rat und seine Freundschaft!

### Keine gewonnene Schlacht für Ostberlin

---

Die DDR gewinnt immer mehr das Bild des Friedensstörers

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Der Jubel, mit dem die Funktionäre des Ostberliner Parlaments die Erklärungen des Innenministers und Polizeigenerall Obersten Dickel über die Erschwerung des innerdeutschen Reiseverkehrs hingenommen haben, wird auf die Dauer langen Gesichtern weichen. Sie haben es als Triumph empfunden, daß die weit kleinere DDR die Bundesrepublik als die zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt mit den Zugangswegen nach Berlin an der Gurgel kitzeln konnte. Das hat ihrem Selbstbewußtsein gut getan. Wenn wir aber geschickt und mit Vernunft darauf reagieren, wird es sich im Endeffekt zeigen, daß sich die DDR damit mehr geschadet als genützt hat.

Die notorischen Kalten Krieger beginnen sich zwar allüberall zu regen. Sie möchten ihrer gescheiterten Politik noch zu solchen Erfolgen verhelfen. Sie möchten vor allen Dingen die Pankower Attacken nach alibewährter Manier wie 1961 zu Wahlerfolgen ummünzen. Die Nutznießer solcher "Wahlerfolge" aber wären niemand anders wie Ulbricht und sein Anhang. Auf der Strecke blieben auch noch die letzten Stücke gesamtdeutschen Zusammenhaltens.

Wie soll man es anders sehen, wenn gewisse Kreise unserer Politik empfehlen, man soll die erhöhten Gebühren nicht aus öffentlichen Mitteln ersetzen, sondern ruhig die Volkseseele ins Kochen geraten lassen, wenn der Mann auf der Straße zu ihrer Begleichung in die eigene Tasche greifen müsse? Damit kann man vielleicht Stimmungen zum parteipolitischen Nutzen anheizen. Daß damit der Reiseverkehr von der Bundesrepublik nach Berlin und in die Zone erheblich gedrosselt würde, das überieht man oder nimmt es gar in Kauf, um Wasser auf die eigenen Mühlen zu leiten. Wie kann man bei solchen Gedanken überhaupt noch von dem Willen, zusammenzubleiben, reden? Wer mit dem Gedanken spielt, Maßnahmen von uns aus zu treffen, die den innerdeutschen Reiseverkehr belasten, der soll ruhig zugeben, daß auch ihm nichts mehr daran liegt, noch irgendwelche deutsche Gemeinsamkeiten in bessere Zeiten hinüberzuretten.

Die Mehrheit des Bundestages hat anders entschieden. Sicherlich müssen wir alles dazu tun, um nicht in eine Situation zu geraten, endloser Erpressungen aus Ostberlin ausgesetzt zu sein. Niemand von uns verkennt, daß es hier auch in der finanziellen Leistungsfähigkeit Grenzen gibt. Aber solange diese Grenzen nicht erreicht sind, haben wir die Pflicht für die Zusammengehörigkeit unseres Volkes auch Opfer zu bringen. Sie werden nicht dem Regime dort drüben gezahlt, sondern den Menschen im anderen Teil Deutschlands.

Wir wissen, daß am Ende dieser Straße der Opfer und des Friedens nicht der Triumph Ostberlins stehen wird. Man mag sich dort auch im Augenblick, gestützt auf die Rückendeckung durch die Sowjetunion und Polen, sehr stark fühlen, in den anderen Ostblockstaaten sieht man die Rolle der DDR als Lieblingskind der Sowjetunion mit größtem Mißbehagen. Die schulmeisterliche Art, mit der sich Ulbricht und die Seinen befugt fühlen, anderen kommunistischen Parteien Zensuren zu erteilen, hat die

DDR-Funktionäre fast überall in größten Mißkredit gebracht.

Im Endeffekt ist es also so, daß Pankow sich mit seiner Politik der Entspannungstörung immer mehr in die Isolation manöveriert. Nicht die Politik der Bundesrepublik läuft darauf hinaus, Pankow zu isolieren. In seiner läppischen und töppischen Reaktion auf diese Politik der Entspannung drängt sich Pankow selbst immer mehr in die Isolation. Solange das so offensichtlich ist, haben wir keinen Grund, unsere Politik zu ändern. Im Gegenteil, wir sollten alles dazu tun, in den Augen der Weltöffentlichkeit, die Politik des einen und des anderen Deutschlands deutlich einander gegenüberzustellen. Nicht zu dem Zweck, das Schauspiel der sich zerfleischenden Deutschen zu bieten. Die Menschen im anderen Teil Deutschlands sind ja gegen diese Politik ihrer Machthaber machtlos. Wir sollten der Welt deutlich machen, was wir unter unserem "Alleinvertretungsanspruch" verstehen: die Repräsentanz des ganzen besseren Deutschlands, das den Frieden und die Verständigung unter den Völkern will, gegenüber jenen sogenannten anderen Deutschland, das in inneren Repressalien und Schikanen, die Mitte dieses Kontinents in Unruhe versetzt und Gefahren heraufbeschwört, die ein vernünftiges Zusammenleben der Völker in Frage stellt. Dieses Zusammenleben wollen heute in Europa alle Völker und Menschen. Die einzigen, die es nicht wollen, sind Ulbricht und die, die gleichen Sinnes - wenn auch aus anderen Gründen - mit ihm sind!

+ + +

#### Harte jugoslawische Kritik an Ulbricht

Belgrad als Vermittler in Europa

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Rede des jugoslawischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Marko Nikezić, vor dem jugoslawischen Landesparlament ging weit über alles hinaus, was man von ihr eigentlich erwartet hatte.

Neben den üblichen Themen der jugoslawischen Außenpolitik wie Vietnam und Nahostproblem ging Nikezić nämlich sehr ausführlich auf die gegenwärtige Situation in Europa ein, einen Kontinent, um den sich Jugoslawien merkwürdigerweise oder vielleicht auch sehr leicht erklärbar bisher nicht sonderlich bemüht hat. In einem fast plötzlichen Wandel der jugoslawischen Außenpolitik, die sich bisher vorwiegend an die wirtschaftlich unterentwickelten Kräfte der Welt gerichtet hat, appellierte Minister Nikezić nämlich an die kleinen und mittleren Mächte Europas, nunmehr alle Anstrengungen darauf zu verwenden, die Spannungen zwischen den Blöcken abzubauen zu helfen. Gedacht war dabei sicher vorwiegend an westliche Länder wie zum Beispiel Belgien und die Niederlande, an neutrale Staaten wie Schweden, Finnland und das Jugoslawien benachbarte Österreich sowie möglicherweise auch an Staaten Osteuropas wie etwa Rumänien und die Tschechoslowakei.

Daß Nikezić dabei vor allem das Deutschlandproblem im Auge hatte,

geht vor allen daraus hervor, daß er als einen der Beiträge zur Entspannung der Situation in Europa die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland erwähnte. Unausgesprochen, aber für jeden Hörer der Nikezić-Rede leicht verständlich blieb auch die Tatsache, daß die jugoslawische Regierung dem gerade vorangegangenen Besuch des Bundesaußenministers Brandt in Jugoslawien eine Bedeutung beilegt, die vollkommen den auf Entspannung ausgerichteten Tendenzen der jugoslawischen Führung entspricht. Nikezić sprach sich deutlich und klar für jene Kreise aus, die darauf aus sind, die Demokratisierung zu fördern und den Annäherungsprozeß zwischen den beiden ideologisch geteilten Gebieten Europas zu beschleunigen. Er befürwortete in diesem Rahmen den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den beiden europäischen Militärblocken und später ein europäisches Sicherheitsabkommen.

Hingegen wendete sich Nikezić eindeutig gegen alle jene Reaktionen und Konservativen, die diesen Annäherungsversuch abzuwehren versuchten. Versteht man die jugoslawische Polit-Terminologie, so ist klar, daß mit dem Begriff "Reaktionäre" die ewig kalten Krieger im Westen, mit dem Begriff der "Konservativen" aber die stalinistischen Kreise im Osten begriffen werden, die sich gegenwärtig vor allem auf zwei Punkte konzentrieren: die außenpolitische Befreiung der Tschechoslowakei zu diskreditieren und zu behindern und durch den Aufbau neuer Schwierigkeiten in Deutschland die Hysterie zu steigern. Verhielt sich Minister Nikezić in seiner gewiß sehr delikaten Ansprache noch diplomatisch, so sagte es die jugoslawische Presse weitaus offener. Der "Belo", das Organ der Nationalen Front in der jugoslawischen Sozialistischen Republik Slowenien, kommentierte zum Beispiel die neuen Verkehrsbehinderungen von Seiten Ullrichs wie folgt:

"Die Argumente der DDR-Regierung sind kaum überzeugend. Es ist nicht anzunehmen, daß man in der DDR nicht einkalkuliert hat, daß diese Maßnahmen zu einer Verschärfung der Spannungen führen werden und daß dies als Bremspedal für die Entwicklung von Kontakten einiger sozialistischer Länder mit der Bundesrepublik Deutschland wirken könnte."